

Forum 3:

Indigene Strategien nachhaltiger Lebensgestaltung – Konzepte und Konflikte in Rondônia

Input: Volker von Bremen; Moderation: Martina Winkler (Brot für die Welt)

Schon der Titel des Forums 3 kündigte an, dass es nicht nur positiv um Konzepte zu indigenen Strategien nachhaltiger Lebensgestaltung gehen würde, sondern auch um Konflikte. Die exemplarische Analyse eines CO₂-Kompensationsprojektes, das auf dem Gebiet Surui an der Grenze von Mato Grosso und Rondônia im Rahmen von REDD aufgebaut werden sollte, machte deutlich, dass die Erwartungshaltungen externer Akteure keineswegs zwingend mit den sozioökonomischen und politischen Strukturen sowie Integrationsprozessen indigener Völker deckungsgleich sind. Diskutiert wurde über den Unterschied zwischen Projektperspektiven, die auf ökonomische Integration setzen, und die Begleitung von Integrationsprozessen u.a. vermittelt über die Durchsetzung von kollektiven Rechten. Am Ende blieben mehr Fragen als Antworten. Indigene Völker als Hoffnungsträger nachhaltiger Lebensweise zu idealisieren, so war jedenfalls nach der Diskussion deutlich, birgt die Gefahr, der politischen und sozioökonomischen Dynamik nicht gerecht zu werden, die in der komplizierten Gemengelage wie im Fall der Surui herrscht. Sozialromantische Vorstellungen nachhaltiger indigener Lebensweise würden also den realen Bedingungen nicht gerecht, und seien als Fremdzuschreibung etwa aus europäischer Perspektive auf dem Hintergrund von Klimaschutzinteressen kritisch zu hinterfragen.

Die Diskussion wurde zunächst durch eine umfassende Fallbeschreibung von Volker von Bremen eingeleitet, der als Ethnologe unter anderem für Brot für die Welt Prozesse mit Indigenen begleitet und der zuletzt konzeptionell zu Herausforderungen aus REDD für Indigene Völker gearbeitet hat.

Er berichtete, dass die Surui (Selbstbezeichnung: Paiter; Sprachgruppe: Tupi Monde) zum Zeitpunkt ihres ersten Kontaktes mit Pommeranern im Jahr 1969, die damals über die neuen Erschließungsstraßen in den Amazonas migrierten, vermutlich rund 5 Tausend Mitglieder gezählt haben dürften. Bereits zwei Jahre später war die Bevölkerung auf 290 Personen geschrumpft, erholte sich allerdings 40 Jahre später auf rund 1.350 Mitglieder. Sie konnten rund 250 Tausend Hektar als staatlich anerkannte Terra Indigena durchsetzen, die heute weiterhin zu 93 Prozent mit Wald bedeckt ist. Das territoriale Umfeld ist in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich abgeholzt worden und dürfte zukünftig weiter entwaldet werden. Der Entwaldungsprozess setzt sich allerdings auch von den Siedlungen der Surui aus, die alle an der Grenze zu den kolonisierten Regionen liegen, in die Terra Indigena fort, nicht zuletzt, da auch Mitglieder der Surui vom Holzhandel leben. Dennoch waren die Lebensperspektiven der Surui durchaus als prekär einzuschätzen.

Mit einem CO₂-Kompensationsprojekt im Rahmen des REDD-Mechanismus schien 2003 eine Option auf den Tisch zu kommen, die eine mindestens mittelfristige Zukunftssicherung für die nächsten 50 Jahre in Verbindung mit dem CO₂-Markt versprach. Indigenes Selbsterhaltungsinteresse – dabei unterstellt auch das Interesse zur Erhaltung einer nachhaltigen Lebensweise – sollten eine Symbiose mit Interessen des Waldschutzes zum Zweck des Klimaschutzes eingehen.

Eine der ersten, zentralen Fragen war, wie die Surui ihre Interessen im Projekt sowohl nach innen als auch nach außen – etwa gegenüber Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit – vertreten würden. Mit Blick auf die Anforderungen des Projektes wurde ein umfassendes politisches Entscheidungs- und Repräsentationssystem entwickelt, in dem regionale und Klanstrukturen sowie externe Partner Berücksichtigung fanden. Das Projekt kam ins Laufen und 2013 erwarb eine brasilianische Kosmetikfirma von den Surui einen CO₂-Kredit.

Zur Überraschung insbesondere externer Begleiter kritisierte nun eine Führungskraft der Surui das CO₂-Projekt in einem Interview: Er bezeichnete es als „eine Bombe für das Leben eines jeden Menschen“, beklagte, dass das Volk leblos geworden sei, forderte die Auflösung des Projekts und die Rückkehr zum Kriegerdasein. Zudem wisse niemand, was mit dem Geld geschehen sei, es komme nicht bei den Mitgliedern der Surui an, vielmehr bereicherten sich einzelne. Außerdem fehle der Respekt vor den traditionellen Autoritäten, wenn etwa das Urteil der Ältesten im Projekt keine Berücksichtigung fände und die Klanführer ignoriert würden.

Mit der Kritik wurden Führungsstil und Verteilungsfragen adressiert. Im Hintergrund spielte sich zudem ein Machtkonflikt zwischen Führungskräften ab. Dem Kritiker, der eher zu den traditionellen Autoritäten zählte, und „jüngeren“ Figuren, die stärker digital vernetzt und „moderner“ agierten. Mitglieder der Surui stellten laut die Frage, warum man nun über das Projekt etwas für Geld unternehmen solle, was man schon immer tue. In der Auseinandersetzung kam auch der Fakt zum Vorschein, dass die Vertretungsstrukturen innerhalb eines mehrstündigen Workshops quasi auf dem Reißbrett zusammengebastelt worden war, also nicht auf einen längeren Prozess in der Gemeinschaft zurück ging. Die Zeitvorgaben der externen Projektlogik

bestimmte das Geschehen – und ertete nun Widerstand, angefeuert durch sozioökonomische Effekte einer reinen marktförmigen Integration in – ja in was eigentlich? Die Reaktion der Verbündeten und Projektpartner spiegelte den internen Konflikt weitgehend.

Soweit das Fallbeispiel.

Schon an der Schilderung des Konfliktes wurde deutlich, was in der anschließenden Diskussion weiter seziert wurde: Zwar war die soziale und politische Vertretungsstruktur nicht völlig in Ignoranz gegenüber gewachsenen Strukturen entstanden und zudem noch vor dem REDD-Prozess auf den Weg gesetzt worden, sie folgte jedoch den Ideen nur einer bestimmten Gruppe, sog. „innovativer“ Indigener, und war grundlegend in den Kontext des Projektes gesetzt, womit eine wohl fundamentale Verknüpfung mit den materiellen Vorteilen des Projektes hergestellt war. Das CO₂-Projekt war zunächst kein per se autochthones Anliegen, sondern von externen Interessen an die Gemeinschaft herangetragen worden. Die Logik des CO₂-Handels war daher nicht allen Mitgliedern der Surui zwingend einsichtig und entsprach kaum der Logik ihres ökonomischen Handelns.

Eine erste Quintessenz der Diskussion war, dass positive Vorstellungen von einer Postwachstumsgesellschaft zusammen mit indigenen Gemeinschaften entwickelt werden müssten, statt diese zu instrumentalisieren. Die Auseinandersetzung um Lebensweisen betreffe und beeinflusse letztlich alle.

Möglicherweise zeige der Fall auch, so eine weitere These in der Diskussion, welche Probleme entstünden, wenn der Bezug auf indigene Identität die Option eröffnet werde, Privilegien zu gewinnen. Folgt Identitätsbildung dann nur noch utilitaristischem Kalkül, so die Frage. Zumindest werde am Fall der Surui deutlich, wie sich sozialromantische Vorstellungen Indigener Gemeinschaften in menschliche Normalität auflösen könnten. Es sei etwa naiv, zu glauben, die Menschen würden den „Geldregen“ nicht zum Konsum nutzen wollen und weiter einer subsistenten Lebensweise folgen. Während REDD darauf setze, dass Biodiversität erhalten bleibe, würden die adressierten Aktivitäten durch den „Geldregen“ paralytisiert.

Teilnehmende des Forums erkannten im Schicksal des Projektes langjährige eigene Erfahrungen wieder, dass nämlich „ökonomische Projekte“, bei denen Gelder von außen fließen, in der Regel Verteilungskämpfe provozierten. Erfolgreicher seien dagegen Projekte, bei denen die Menschen im Prozess unterstützt würden, ihre Identität zu entwickeln und ihre Rechte zu erstreiten. Eingewendet wurde allerdings, dass dies nicht bedeuten müsse, ökonomisch ausgerichtete Projekte pauschal zu verwerfen. Vielmehr komme es auf die konkrete Ausgestaltung an.

Thematisierung wurde auch die Annahme, dass entsprechende Kulturen eher egalitär verfasst seien und den externen Akteuren die entsprechenden politischen Mechanismen oft nicht klar seien. Dies bedeute jedoch nicht, dass traditionelle Völker statisch verfasst seien. Kultur sei vielmehr immer in Bewegung. Letztlich komme es auf eine realistischere Perspektive an, die die Interaktionsprozesse zwischen traditionellen Gemeinschaften und Umgebung in Rechnung stelle und die wertschätzend sowie sensibel auf die bestehenden Strukturen eingehe. Dabei dürften Persönlichkeiten, die aktiv in kulturübergreifenden Räumen agierten, von besonderer Bedeutung sein, da sie zwischen verschiedenen Logiken vermitteln könnten.

Mit Blick auf das Thema der Tagung wurde in der Debatte über den Fall der Surui auch die gesellschaftspolitische Dimension des Konzept der traditionellen Völker und Gemeinschaften nochmals grundsätzlich befragt: Einige sahen darin den Schatten eines Teile-und-Herrsche-Ansatzes, der die unterschiedlichen Gemeinschaften untereinander in Konkurrenz zu bringen drohe. Kritisch angemerkt wurde auch, dass der Ansatz zum Teil Differenzierungskriterien folge, die sich allein auf sozioökonomische oder ökologische Praktiken bezögen. Infolge lägen Identitätsbildungsprozesse nahe, die primär über ökonomisches oder ökologisches Handeln erfolgten, und nicht über die Integration in einer größeren Rechtsgemeinschaft, etwa über die Durchsetzung kollektiver und individueller Rechte.